

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 9

Artikel: Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz (Fortsetzung) : Teil III
Autor: Stöckli, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138842>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

daß sie diese von Gott aus wichtig nähme. So ist es bekanntlich eine alte, mächtige Lofung, daß sie sich nicht mit den *politischen* Dingen (die sozialen inbegriffen) beschäftigen solle, weil das eine schmutzige Sache sei. Sie will reine Kleider haben — vor den Menschen! Noch mehr: Sie will sich auch nicht mit *Irrtum* beflecken. Man soll ihr nicht vorwerfen dürfen, daß sie etwas Falsches gelehrt oder gewollt habe. Sie muß unfehlbar sein oder vielmehr scheinen.

F. Warum ist das falsch?

A. Einmal, weil es eine Heuchelei ist. Denn deswegen ist die Religion, ist die Kirche als ihre Vertreterin nicht sauber. Sie läßt sich ja nur zu willig mit der Welt ein, mit ihrer Macht, ihrer Ehre, ja sogar mit ihrem Geld. Und das gehört ja gerade zu jenem Streben nach Sauberkeit. Dieses Streben hat ja zum guten Teil den Grund, daß man es mit dieser schmutzigen Welt nicht verderben will!

F. Kann nicht auch ein berechtigtes Reinheitsstreben dabei sein: das Streben, die Sache Christi von der Welt rein zu halten?

A. Das sei zugestanden. Aber es ist dann eine Verirrung dieser Tendenz und gegen den Geist Jesu und der ganzen Bibel.

Aber es führt nicht nur zur Heuchelei, sondern es ist wieder ein Ausweichen vor Gott. Denn gerade in diesen scheinbar weltlichen Angelegenheiten der Politik und der sozialen Dinge begegnet der Gemeinde Christi Gott, der lebendige Gott.

Er will Gerechtigkeit, nicht Kultus. Gerade im Eingehen auf diese Dinge, gerade im Ringen mit ihnen für das Reich Gottes will Gott sich offenbaren. Auch in den materiellen Dingen. Gott wird nach dem Worte Gandhis dem Volke, das hungert, durch das Brot offenbar.

Die Religion zieht sich in falschem, oft heuchlerischem Heiligkeitsstreben von der Welt zurück und befleckt sich damit erst recht; das Reich Gottes aber will in die Welt hinein, auch in den Schmutz, erst recht. Und das ist die rechte Reinheit und auch der rechte Kampf um die Reinheit. Nicht der Kampf befleckt, sondern der falsche Friede. Nicht der Irrtum befleckt, sondern die Anmaßung der Irrtumslosigkeit. Nur Gott macht rein. (Fortsetzung folgt.)

Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz

Ein Vortrag von Arnold Stöckli (Fortsetzung).

III.

Die Vorschläge der „Vereinigten Nationen“ für eine neue Wirtschafts-, Ernährungs- und Währungspolitik, weisen deutlich darauf hin, daß es notwendig geworden ist, an Stelle unseres alten und in Krieg und Krise gescheiterten Wirtschaftssystems, ein neues zu schaffen.

Wallace, der ehemalige Vizepräsident und heutige Handelsminister der USA., erklärte in einer seiner bedeutenden Reden, daß die Zeit für eine neue Erklärung der Freiheiten gekommen sei, für Freiheiten die im Zeitalter der Flugzeuge, des Radios und des Ueberflusses das sicherstellten, wofür unsere Väter einst gekämpft hätten.

Die ungenügende Fassung der Freiheiten gegenüber dem heutigen Stande der Produktionswirtschaft hat dazu geführt, daß nicht nur für einen großen Teil der Menschen die sozialen Freiheiten verdrängt, und durch die Monopolbildung, wie schon Ricardo in seiner Grundrententheorie nachgewiesen hat, Recht zu Unrecht verwandelt wurde, sondern daß auch die politische Demokratie scheitern mußte, weil mit dem Fortschreiten der Rationalisierung die politische Demokratie nicht durch demokratische Bindungen im wirtschaftlichen Leben ergänzt wurde.

In seinem Zürcher Vortrag vom 20. Februar 1946 hat der Redaktor der bekannten englischen Wochenschrift „The Economist“ Geoffrey Crowther festgestellt, daß die freie Wirtschaft deswegen verlagert hätte, weil sie in ihrer völligen Freiheit, die Ungleichheit und die Krise, diese beiden Quellen der sozialen Spannungen und der Armut gestattet hätte. Die sozialen Spannungen und die Armut seien in der liberalen Wirtschaft zu einer Dauererscheinung geworden.

Man muß durch eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik die Möglichkeiten der Armut und die wirtschaftlichen Depressionen und damit die Ungleichheit und die Krise aus der Welt schaffen. England vor allem versucht dies heute durch die Politik der Vollbeschäftigung und durch den umfassenden Ausbau der Sozialversicherungen.

Will man das sich hier aufdrängende Problem mit ein paar Worten verständlich machen, so tritt eine wirtschaftliche Depression dann ein, wenn die Gemeinschaft weniger ausgibt als notwendig ist, um alles zu kaufen was die Gesellschaft zu produzieren vermag. Man muß um Depressionen zu vermeiden durch eine entsprechende Wirtschafts- und Sozialpolitik, durch die Lenkung der Kaufkraft für die Massen ein Konsumvermögen sicherstellen, das jeweils denn auch im Stande ist das gesamte Produktionsvermögen aufzukaufen. Dieser enge Zusammenhang von Produktions- und Konsumtionsvermögen für das wirtschaftliche Gleichgewicht macht parallel mit dem Fortschreiten der Rationalisierung eine stete Steigerung des Konsumvermögens bei den breiten Massen der Bevölkerung notwendig.

Vergegenwärtigen wir uns in diesem Zusammenhang die großen produktionswirtschaftlichen Veränderungen, so wurde als eine Folge der kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten das Produktionsvolumen in allen Ueberseestaaten gewaltig erhöht. Die USA. verzeichnen eine Steigerung des Produktionsvolumens um 40 Prozent, Brasilien hat sich zu einem Industriestaat entwickelt, und außer den Mittel- und Süd-

amerikanischen Staaten sind auch die Länder Afrikas und Asiens in großem Umfange rationalisiert worden. Wir leben heute durch die rasche Rationalisierung dieser Länder, die vor dem Kriege noch überwiegend einen kolonialen Charakter hatten, in einer wirtschaftlich völlig anders geordneten Welt. Aber nicht nur in der Umwelt ist eine völlig neue Situation entstanden, auch unsere eigene Produktionswirtschaft hat sich als Folge der kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten und aus Interesse an einem raschen Wiederaufbau in starkem Maße weiter entwickelt, ohne daß im Konsumvermögen der breiten Masse der Bevölkerung eine wesentliche Veränderung eingetreten ist.

Darin, in diesem verschärften Widerspruche von Produktions- und Konsumtionsvermögen liegt eine sehr ernst zu nehmende Quelle der Krise, und eine neue Wirtschaftspolitik hat nur dann Aussichten auf Erfolg, wenn ihr — durch Lenkung des Einkommens und durch den Ausbau der Sozialversicherungen — die notwendige Steigerung des Konsumvermögens bei der breiten Masse der Bevölkerung gelingt, also nur dann, wenn ein neuer Ausgleich zwischen Produktions- und Konsumvermögen ohne Drosselung des Produktionsvermögens und der damit verbundenen Hemmung des Fortschritts, geschaffen werden kann.

*

Will man den engeren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und sozialer Unordnung verstehen, dann muß man die „Doppelpersonlichkeit“ des Kapitalismus entlarven. Bekanntlich hat dieses System nicht nur mehr Reichtum und einen größeren Lebensraum geschaffen und durch den internationalen Handel und die damit verbundene Abkehr vom alten Nationalismus, die Völker einander näher gebracht, und hat so durch das System der Arbeitsteilung die Völker enger aneinander gebunden. Der Kapitalismus hat — und das ist hier das Entscheidende — was er an Wohlstand erzeugt auch wieder verschlungen. Gewiß, er hat durch das ihm eigene System der Arbeitsteilung der Bevölkerungsvermehrung den ausreichenden Lebens- und Nahrungsraum geschaffen, aber gleichzeitig hat er auch viele Millionen unschuldiger Menschen in graufamen Katastrophen wieder dem Tode preisgegeben, und er hat die gleichen Völker, die er zuvor durch das System der Arbeitsteilung und des Warenaustausches miteinander verbunden hat, in beispiellosem Haß wieder gegeneinander gehetzt, und im Kriege haben sich diese Völker gegenseitig getötet.

Wegen dieser Wendung zum Bösen ist denn auch die Kritik am spätkapitalistischen System von jener am frühkapitalistischen so wesentlich verschieden. In seinem heutigen Stadium werden die Spannungen dieses Systems zur Ursache der imperialistischen Kriege und zur Ursache der revolutionären Bewegungen. Der Kapitalismus geht an

seiner „Doppelpersönlichkeit“, also aus innerer Notwendigkeit zu Grunde, und in seinem Todeskampfe erschüttert er — wie so viele seiner Kritiker schon geschrieben haben — das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Welt. Nach Rathenau ist der Nationalismus in unserer Zeit auch eine Reaktion auf die ungleiche Verteilung der mechanistischen Vorteile, und nach W. Sombart vollzieht sich durch die Zentralisation des Kapitals, durch die Konzentration der Betriebe, durch die Kartell- und Konzernbildung und durch die Zusammenballung von Unternehmungen mit monopolistischer Wirkung und Tendenz, ein Wandel im kapitalistischen System. Im neuen System das Sombart im Gegensatz zum früheren Stadium mit Spätkapitalismus bezeichnet, bekommen wir ein neues System der Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten vom Kapital, der Konsumenten von Produzenten, der kleinen Betriebe von den großen Betrieben, und im Zusammenhang damit hätte sich in Gesellschaft und Staat eine Plutokratie und Finanzokratie entwickelt von früher nie dagewesenem Umfange. Die Wirtschaft, das heißt das Kapital, das heißt das Großkapital, das heißt das Finanzkapital das die Welt beherrsche, lasse — immer nach Sombart — unsere Staatsmänner wie Marionetten am Drahte tanzen.

Sowohl für W. Sombart wie auch für F. Oppenheimer, der den Kapitalismus als einen Bastard einer widernatürlichen Verbindung zwischen Knechtschaft und Freiheit bezeichnet, der nun an seiner „Doppelpersönlichkeit“ zugrunde gehe, und für verschiedene andere Kritiker des kapitalistischen Systems liegt der Zwang dieser Veränderung im kapitalistischen System begründet.

Saitzew als Exponent einer anderen Richtung hingegen glaubt in diesem Stadium, das Sombart mit Spätkapitalismus bezeichnet, Tendenzen eines modernen Merkantilismus, eines sogenannten Neomerkantilismus wahrnehmen zu dürfen. Gewiß, der Frühkapitalismus und der Spätkapitalismus bergen völlig entgegengesetzte Tendenzen in sich. Die jetzt zu Tage tretenden interventionistischen und etatistischen Tendenzen ähneln jenen des Merkantilismus. Der Mensch verliert jetzt wieder seinen individuellen Gehalt den ihm der Frühkapitalismus gegeben hat. Der jetzt zutage tretende Nationalismus ist ein dem frühkapitalistischen System entgegengesetzter, und Saitzew glaubt ein merkantilistischer Zug. So erklärt Saitzew die Veränderung des Kapitalismus mit dem Auftreten eines Neomerkantilismus, weil hier der Individualismus durch den Antiindividualismus, der dem Frühkapitalismus eigene kosmopolitische Gehalt durch einen überbordenden Nationalismus und das Primat der Wirtschaft durch die Voranstellung der Politik vor die Wirtschaft abgelöst wird.

Will man nun den Frieden sicherstellen, dann muß man den Nationalismus, gleichgültig ob man ihm jetzt schon einen kapitalistischen

oder merkantilistischen Charakter gibt, wieder zurückdrängen. Man muß, wie dies die „Vereinigten Nationen“ durch ihre geplante Ernährungs-, Rohstoff- und Währungspolitik erstreben, den Wirtschaftsraum wieder über die staatlichen Grenzen ausweiten und die nationalen egoistischen Bestrebungen in der Wirtschaft durch gemeinnützige ersetzen. Um der Freiheit der Persönlichkeit willen aber muß man auch die antiindividualistischen Tendenzen verdrängen, und man muß, will man in Zukunft Wirtschaftskrisen vermeiden, der Wirtschaft wieder den Vorrang vor der Politik geben.

Das sieht fast so aus als verlangte ich damit eine Rückkehr zum frühkapitalistischen System, und als pflichtete ich den bekannten Thesen von Röpke bei. Man kann im Leben aber niemals das Rad zurückdrehen, die Gegebenheiten einer Zeit leugnen und zu früheren, angeblich besseren Zeiten zurückkehren.

Die neue Erklärung der Freiheiten schließt nicht die Rückkehr zu vergangenen Zeiten in sich, sondern sie soll, wie Wallace sich ausdrückte, die Freiheiten, für die einst unsere Väter gekämpft hätten im Zeitalter der Flugzeuge, des Radios und des Ueberflusses sicherstellen. Die Neuordnung der Freiheitsverhältnisse wird hier im Interesse des Individuums, im Interesse seiner geistigen, moralischen und materiellen Entfaltungsmöglichkeiten verlangt. Im Interesse der Menschenwürde soll die wirtschaftliche Freiheit so geordnet werden, daß sie nicht nur einem kleinen Kreise, sondern allen im gleichen Maße zugute kommt. Im Gegensatz zu den heutigen Verhältnissen erstrebt denn auch der von den „Vereinigten Nationen“ verkündete Interventionismus nicht politische Macht, sondern Wohlstand und Gerechtigkeit.

Daraus geht hervor, daß es gute und schlechte interventionistische Maßnahmen gibt. Dies hat seinerzeit der belgische Sozialistenführer Vandervelde auf dem Kongreß der II. Internationale im Jahre 1933 in Paris festgestellt, und er hat damals unterschieden zwischen guten und schlechten, zwischen sozialistischen und reaktionären Staatseingriffen.

Diese Tagung der zweiten Internationale brachte damals eine Wendung in der sozialistischen Politik, und war grundlegend für die späteren sozialistischen Planwirtschaftsversuche, die sich von den faschistischen ja wesentlich unterscheiden. Erinnern wir uns an die frühere Zeit. Der reformistische Flügel glaubte zuvor, daß durch die Intervention des Staates in der Wirtschaft die Gesellschaft langsam in den Sozialismus hereinwachse, und daß sich dadurch im Kapitalismus ein Wandel zum Sozialismus vollziehe. Man sah damals in der Notwendigkeit der Einmischung des Staates in die Wirtschaft ein sozialistisches Prinzip und den Beginn einer neuen Epoche. Man hat aus der zwangsweißen Notwendigkeit der Einmischung geschlossen, das Verhältnis von

Staat und Wirtschaft hätte sich schon verändert, und man hat darin den Beweis gesehen, daß die Zeit des Sozialismus herangereift sei, weil sich der Kapitalismus dem sozialistischen Prinzip nicht mehr entziehen könne.

Aber damals ist aus der sogenannten Veränderung des Kapitalismus nicht der Sozialismus sondern der Faschismus hervorgegangen und hat alle durch die Staatseinmischung erreichten sozialistischen Reformen wieder zunichte gemacht. Der Irrtum der früheren Betrachtungsweise lag darin, daß man den Staat als eine neutrale und über den Klassen stehende Macht angesehen hat, der durch jede Intervention ausgleichend wirke und dadurch die Interessen der benachteiligten Klasse schütze.

Erinnern wir uns an die Definition von Karl Marx, so ist der Staat nicht eine über den Klassen stehende und neutrale Institution, sondern der Staat ist selbst nur eine ökonomische Potenz, und die staatliche Beeinflussung ist, wie sich dies in der Entwicklung zum Monopolkapitalismus, Staatskapitalismus und Faschismus deutlich gezeigt hat, auch eine Erscheinung im Kapitalismus. Wie sich durch die stete Ausweitung die Möglichkeiten des sog. Konkurrenzkapitalismus erschöpfen, beobachten wir einen Wandel des früheren freiheitlichen Systems zum Monopol und Staatskapitalismus. Der Staat wird hier in den Dienst der kapitalistischen Ziele gestellt, um die inzwischen schwieriger gewordene wirtschaftliche Expansion zu ermöglichen, neue Märkte zu erobern und sowohl den eigenen Raum durch Schranken, und die alten Märkte machtmäßig gegenüber anderweitiger Gefährdung zu schützen. Auf dem Weltmarkt und in der Kolonialpolitik vertritt hier der imperialistische Staat einseitig die Interessen des Finanzkapitals.

Damit der Kapitalist den „Mehrwert“ realisieren kann, muß er seine „Ueberproduktion“ — die sich im eigenen Lande aus dem Mißverhältnis von Produktion und Konsum, durch die „Unterkonsumtion“ oder das Zurückbleiben der Kaufkraft der Massen ergibt — auf fremden Märkten verkaufen können. In der Zeit des Staatskapitalismus tritt der Staat weitgehend als Verkäufer dieser Ueberproduktion und im Interesse des Finanzkapitals auf den Plan, und das ist der Moment, indem in der Welt die modernen imperialistischen Spannungen beginnen, das ist das höchste Stadium, oder wenn wir Sombarts Definition beibehalten wollen, jenes des Spätkapitalismus, das notwendigerweise beim Kriege enden muß.

Analog dieser Entwicklung, die zum Kriege führt, geht eine innere Veränderung vor sich. Der kapitalistische Etatismus wandelt die Demokratie, die zuvor der frühe Kapitalismus begünstigt hat, zu einer Organisation der Unterdrückung und Entrechtung der Massen, zur Diktatur. In dem Maße, wie sich die Möglichkeiten der Expansion erschöpfen, wie es immer schwieriger wird, die volle Mehrwertspanne im

Auslande zu realisieren, muß der jetzt eintretende Ausfall durch innere Maßnahmen ausgeglichen werden, durch staatliche Subventionen, Exportprämien, durch eine im Interesse der Ausweitung der Mehrwertspanne liegende staatliche Lohngestaltung, also durch Lohnsenkungen, Lohnstop etc. oder durch generelle Senkung des Lebensstandards, wie wir dies besonders kraß in den deutschen und österreichischen Krisenmaßnahmen beobachten konnten. Einmal soweit fortgeschritten, erschwert natürlich die Demokratie und die Arbeiterassoziation diese letzten Maßnahmen, und die mit der Senkung des Lebensstandards verbundene Verelendung großer Volksschichten. Demokratie und Assoziation müssen beseitigt werden, und zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Profits verheiratet sich der Kapitalismus mit dem Faschismus. Das späte Stadium des Kapitalismus erzeugt demnach nicht nur den zum Kriege drängenden Imperialismus, sondern auch den Faschismus.

*

Der kapitalistische Prozeß hat die notwendige Grundlage, auf der er als freiheitliches System möglich war, zerstört. „Die Menschheit hat jetzt gar keine Freiheit der Wahl mehr“, schrieb Schlumpeter. Sie muß um den Frieden und die Freiheit wieder im vollen Umfange zu erhalten, die den Frieden und die Freiheit gefährdenden Tendenzen aus seiner Politik verbannen. Geoffrey Crowther, von dessen Zürcher Vorträge ich schon gesprochen habe, hat weiter erklärt, wir ständen mitten in einem Rennen um den Geist des zwanzigsten Jahrhunderts und in diesem Rennen bleibe uns Hitler ständig auf den Fersen. Wenn, wie ich eben darauf hingewiesen habe, der Wandel zum, resp. die Heirat mit dem Faschismus eine geschichtliche Notwendigkeit des Kapitalismus war, dann bleiben wir auch weiterhin solange vom Faschismus bedroht, als wir uns von diesen Tendenzen des spätkapitalistischen Systems nicht freimachen können. Und wenn Crowther weiter erklärte, daß die heute besiegten Feinde der Demokratie vielleicht mehr gewußt hätten vom Geiste des zwanzigsten Jahrhunderts als ihre demokratischen Besieger, so muß man auch dieser Redewendung beipflichten. Die Faschisten wußten, daß diese Bindung kein Einbruch irrationaler Kräfte, sondern nur das letzte Stadium der kapitalistischen Ordnung ist, und daß sich notwendigerweise die Spätstadien aller Länder dieser Bindung zu entwickeln müßten.

Man muß die „Doppelpersönlichkeit“ des Kapitalismus, den Zustand der „den tugendhaften Bürger mit dem grausamen Verbrecher zusammenkuppelt“ (F. Oppenheimer) überwinden, ohne daß man die freiheitlichen Vorteile des früheren Systems, ohne daß man die Freiheiten, für die unsere Väter gekämpft haben, einengt oder gar beseitigt und durch ein anderes System des Zwanges und der Unfreiheit ersetzt.

Es ist das Schicksal jeder praktischen Bestrebung internationalorganisatorischer Natur, daß sie nicht sofort reife Früchte tragen, sondern erst allmählich die erhofften Ergebnisse zeitigen kann.

Gleich wie die großen Weltreligionen nicht vermögen, in kurzer Zeit im Sinne ihrer Ethos die Gesinnung ihrer Gläubigen zu wandeln, so kann auch die weltumspannende Ideologie, wie sie in den Satzungen der „Vereinigten Nationen“ festgelegt wurde, nur allmählich die politische Wirklichkeit durchdringen. Wilson hat das seinerzeit sehr gut begriffen, und er hat das Anfangsstadium des Völkerbundes als ein Forum gedacht, dem sich als Tribunal der öffentlichen Meinung zwangsläufig alle Staaten in ihren Streitfragen unterwerfen würden. Es ist ja ganz klar, vor wir ein überstaatliches Recht schaffen können, welches die primitive Völkerrechtsordnung überwindet, ist es notwendig, daß die Staaten und Völker eine Reihe von Grundsätzen sittlicher Natur anerkennen, deren Verletzung jeweils eine steigende Entrüstung in der öffentlichen Weltmeinung wachrufen muß.

In diesem Sinne nun bedeuten die neuesten und oft recht heftigen Auseinandersetzungen in den Reihen der „Vereinigten Nationen“ nicht Schwäche, sondern zeugen von einem Erstarken des moralischen Bewußtseins. Doch dies ist nicht der einzige Fortschritt, in verschiedenen Etappen haben die „Vereinigten Nationen“ schon bedeutende Beiträge zur Sicherung des Friedens und des allgemeinen Wohlstandes geleistet. Auf der Ernährungskonferenz von „Hot Springs“ haben sie die Voraussetzungen geschaffen, auf Grund deren eine genügende Ernährung aller Völker möglich wird. Auf der Konferenz von „Bretton Woods“, die die Neuordnung unserer Währungspolitik zur Aufgabe hatte, sind Grundlagen geschaffen worden, die einen allgemeinen Austausch der Güter möglich machen, und durch die Schaffung der internationalen Bank für den Wiederaufbau, erklären die dabei beteiligten Völker ihre Bereitschaft für einen gemeinsamen Wiederaufbau. Sie haben weiter an der Konferenz des internationalen Verkehrs die Voraussetzungen für die Neuregelung des internationalen Verkehrs geschaffen, und sie haben auf der Konferenz in London eine Organisation gegründet für die Erziehung und für die Förderung von Wissenschaft und Kultur.

Aber die Bemühungen beschränken sich nicht auf wirtschaftliche Belange, denn gerade die jüngste Vergangenheit hat uns auch gezeigt, daß der Friede nur dann gesichert ist, wenn die Menschen frei sind, und wenn die Verantwortung über Krieg und Frieden beim Volke liegt. Man hat erkannt, daß die Unterdrückung der persönlichen Freiheit einen Ausgleich in imperialistischer Politik erhalten muß, daß ein zivilisiertes Volk eben nur dann auf seine Volksfreiheiten verzichtet, wenn man diesen Verzicht mit etwas angeblich Höherem belohnt, also mit der Vergrößerung des Reiches und der Wiedergewinnung der Freiheit und eines besseren Lebensstandes

durch die Befiegung und Ausbeutung der Feinde. Die Beobachtung dieser inneren Zusammenhänge hat bei vielen Friedensfreunden den Glauben gereift, der Friede müßte in der persönlichen Freiheit des Einzelnen verteidigt werden, und jede Beschränkung dieser Freiheit — durch ein willkürliches Regime — trage schon den Keim imperialistischer Bedrohungen in sich.

Das letzte Völkerbundsstatut hat im Gegensatz zu diesen neuen Bestrebungen, die Regierungsformen den einzelnen Staaten anheimgestellt, und hat dies als eine innerstaatliche Angelegenheit betrachtet. Heute aber sind starke Bestrebungen vorhanden, die Wahl der Regierungsform nicht mehr allein den einzelnen Staaten zu überlassen, sondern die freiheitliche demokratische Staatsform wird als eine Voraussetzung der Zusammenarbeit und der Anerkennung betrachtet. Der Friede in der Welt ist weitgehend von dem Ausmaße abhängig, indem es gelingt, die von Roosevelt verkündeten Freiheiten, die Freiheit von Not und die politischen und religiösen Freiheiten auch über die staatlichen und bisher souveränen Schranken hinweg zu verwirklichen.

Die Grundlagen der Religiös-Sozialen Bewegung von heute

Wo und wann immer der Mensch erschreckt zusammenkauert unter der geballten Gewitterwolke eines unverständlichen Geschehens, die als *Menschen- und Weltgeschichte* über ihn hinwegrast, wo und wann immer er ratlos oder sehnfüchtig Ausschau hält, um eine Form, um vor allem eine Richtung dieser dunklen Wolke zu erkennen, ist er für jede Stimme dankbar, die ihm eine klare Schau der Wolkenmasse, eine sinnvolle Erkenntnis der Geschichte und ihres Weges also, vermittelt. Nie hat es im Verlauf der letzten 3000 Jahre an solchen Situationen gefehlt, da die Frage nach dem Sinn der Geschichte zur Lebensfrage und ihre Beantwortung zum Glück einer klaren Morgenstunde geworden wäre. Sogar wenn dem unter seiner Zeit leidenden Menschen die Geschichte als unabwendbares Verhängnis, als unaufhaltbarer Zug in den Abgrund, erhellt ward, hatte die Wolke Form und Gestalt, mochten diese auch alles andere als lieblich und gefällig sein. Solch drohende Gestalt nahm die Geschichte an, wenn etwa antike Historiker und Dichter, wie Herodot im 5. und Ovid im 1. Jahrhundert v. Chr. die Weltgeschichte als einen Wandel der Zeiten vom goldenen zum ehernen Zeitalter hinab schilderten, oder wenn im 17. Jahrhundert n. Chr. der Neapolitaner Vico die Menschen als unbewußte Werkzeuge der Geschichte darstellte, welche einen Weg beschreiten, der in barbarischer Urzeit beginnt, zur feinsten Kulturbeherrschung aufsteigt, um dann in allgemeiner Auf-